



Die Deutschen blicken überwiegend **OPTIMISTISCH**
ins Wahljahr 2018.

DAS WAHLJAHR 2018

Das Wahljahr 2017 ging zu Ende, ohne dass die wichtigste Wahl des Jahres, die Bundestagswahl vom 24. September 2017, ein eindeutiges Ergebnis zur Folge hatte. Noch in den drei Landtagswahlen vom Frühjahr 2017 zeigte der Trend für die Union nach oben. Die CDU holte sehr gute Ergebnisse, stellte wieder die Regierungschefin im Saarland und eroberte in Schleswig-Holstein wie in Nordrhein-Westfalen sogar die Führung. Linke Mehrheiten waren nicht in Sicht; eine weitere Amtszeit von Angela Merkel schien ebenso wahrscheinlich wie alternativlos.

Die Bundestagswahl sorgte hingegen für Ernüchterung. Eine klassische bürgerliche Mehrheit kam nicht zustande, eine neue „bürgerliche“ Mehrheit scheiterte mit den „Jamaika“-Verhandlungen. Zu Beginn des Jahres 2018 scheint nur wieder die SPD als alternativloser Koalitionspartner für die Union zur Verfügung zu stehen, eine (ehemalige?) Volkspartei, die prozentual ihr historisch schlechtestes Resultat bei Bundestagswahlen überhaupt eingefahren hat.

Unabhängig von der Regierungsbildung stehen in Deutschland 2018 wichtige Entscheidungen an. Vor allem die Landtagswahl in Bayern, aber auch die in Hessen werden wichtige Fingerzeige für die weitere Entwicklung des Parteiensystems geben. Grundsätzlich bleibt die Volatilität hoch und vor allem die Volksparteien müssen immer breitere Brücken schlagen, um unterschiedliche Klientele mobilisieren zu können. Die grundlegende Stimmung in der Bevölkerung ist nicht schlecht. Laut FG Wahlen sagen 57 % der Deutschen, 2017 war ein gutes Jahr, etwa dasselbe Niveau wie seit 2015. Für 2018 blickt ein Drittel optimistisch in das neue Jahr, 62 % erwarten keine großen Veränderungen und nur 4 % befürchten ein schlechteres Jahr. Auf dieser Basis kann die Politik aufbauen, allerdings nur, wenn die Befürchtungen über die Zukunft unseres Landes nicht deutlich ansteigen.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.